

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am 16. Februar 2000

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
van Essen, Jörg (F.D.P.)	14, 15	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	27, 28
Flach, Ulrike (F.D.P.)	34, 35	Niebel, Dirk (F.D.P.)	20, 29
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	62, 63	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	1, 11
Funke, Rainer (F.D.P.)	38, 39	Ostrowski, Christine (PDS)	4, 32
Goldmann, Hans-Michael (F.D.P.)	44, 45	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	21, 22
Dr. Haussmann, Helmut (F.D.P.)	16, 17	Dr.-Ing. Schmidt, Joachim (Halsbrücke) (CDU/CSU)	6, 7
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	5	Dr. Schmidt-Jortzig, Edzard (F.D.P.)	36, 37
Hirche, Walter (F.D.P.)	42, 43	Scholz, Olaf (SPD)	23, 24
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	54, 55	Siemann, Werner (CDU/CSU)	48, 49
Holetschek, Klaus (CDU/CSU)	25, 26	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	52, 53
Homburger, Birgit (F.D.P.)	40, 41	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	58, 59
Irmer, Ulrich (F.D.P.)	18, 19	Strobl, Thomas (Heilbronn) (CDU/CSU)	50, 51
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	33	Dr. Thomae, Dieter (F.D.P.)	2, 3
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	8	Weiß, Peter (CDU/CSU)	60, 61
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	9, 10	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	56, 57
Lenke, Ina (F.D.P.)	12, 13	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	30, 31
Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU)	46, 47		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)

In welcher Form bestehen personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen der am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) eingerichteten Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ und der vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, berufenen Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordneter
**Dr. Dieter
Thomae**
(F.D.P.)

Auf welche Summe belaufen sich die Ausgaben, die durch die so genannten Informationsveranstaltungen in Zirkus und Theater im letzten Jahr sowie durch die so genannte Bahntour zur Gesundheitsreform 2000 entstanden sind, und aus welchem Topf werden sie finanziert?
3. Abgeordneter
**Dr. Dieter
Thomae**
(F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass durch solche punktuellen, sporadischen Maßnahmen eine flächendeckende Aufklärung der Bevölkerung über die Auswirkungen der Gesundheitsreform gelingt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

4. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)

Aus welchen Haushaltsmitteln wird die Bundesregierung die Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 22. Dezember 1999, namentlich des § 34, der die generelle Erstattung von 50 % der Wohngeldkosten vom Bund an die Länder vorschreibt, realisieren, da diese Mittel im Haushaltsgesetz 2000 ursprünglich weder vorgesehen noch eingeplant waren?

*) siehe hierzu auch Frage 11

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Können die von der EU-Kommission für Deutschland bereitgestellten 33 Mrd. Euro Strukturfördermittel im Rahmen der EU-Naturschutzrichtlinie (FFH) gesperrt werden, nachdem der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Jürgen Trittin, bei einer nicht fristgemäßen Meldung der Flächen vor einer Auszahlungssperre gewarnt hat und nun eine zweimonatige Frist zur Meldung der Flächen einräumt, obwohl die Bundesregierung eine generelle Verweigerung der Zahlungen, auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der F.D.P. hin (Drucksache 14/2069), als rechtlich fragwürdig eingestuft hat (Antwort: Drucksache 14/2286)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung**

6. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Joachim
Schmidt**
(Halsbrücke)
(CDU/CSU)
- Kommen bei der Initiative „Innovative Impulse für die Region“ (INNO-Regio) insgesamt die üblichen Verwaltungsvorschriften des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) hinsichtlich der Vergabe der Fördermittel zur Anwendung und müssen die an den Projekten beteiligten Praxis-Kooperationspartner Anteile an die beteiligten Universitäten, die bereits mit 100 % gefördert werden, abführen, obwohl sie ihren Eigenanteil gemäß Förderrichtlinie des BMBF in Höhe von 50 % tragen?
7. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Joachim
Schmidt**
(Halsbrücke)
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat das BMBF für die Arbeit der Koordinierungsbüros ab 1. Juli 2000 bis zum Beginn der Phase III (Finanzierung), insbesondere wenn keine Projektförderung über andere Förderschienen möglich ist, und wie erfolgt dann die Vergütung des Projektmanagements für die gesamte Phase III?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

8. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Trifft es zu, dass ein jetziges Mitglied der Bundesregierung vor seinem Eintritt in die Bundesregierung stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Thyssen AG war, und wenn ja, wer ist es?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

9. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Rechtsprechung des Nürnberger Militärtribunals, das u. a. die Vertreibung von Polen Anfang der 40er Jahre als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geahndet hat, vor dem Hintergrund der Auffassung der Bundesregierung, dass die „Beurteilung der Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges und danach durch die Bundesregierung als völkerrechtswidrig (...) nicht (bedeutet), dass derartige Vertreibungen schon zum damaligen Zeitpunkt als nach Völkergewohnheitsrecht strafbar anzusehen waren“ (Antwort des Staatsministers beim Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, auf meine Frage 10 für die Fragestunde am 19. Januar 2000, Plenarprotokoll 14/80, S. 7419 D)?
10. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- In welcher Weise sind die heimatvertriebenen Sudetendeutschen und ihre Organisationen sowie die in der Tschechischen Republik lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit in dem am 30. September 1999 in Prag unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit berücksichtigt, und wie ist die Bundesregierung als Vertragspartei bestrebt, die heimatvertriebenen Sudetendeutschen und ihre Organisationen sowie die in der Tschechischen Republik lebenden Angehörigen der deutschen Minderheit bei den im Abkommen bezeichneten Maßnahmen in angemessener Weise einzubinden?
11. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(F.D.P.)
- In welchem Umfang erhält das „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ (IFSH) der Universität Hamburg nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich staatliche Mittel zugewiesen?*)

*) siehe hierzu auch Frage 1

12. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Warum wurde nach Presseberichten (Die Zeit Nr. 3/2000, S. 16) ein Bittbrief der International Organisation for Migration (IOM) seitens der Bundesregierung nicht einmal beantwortet, während die USA die Aufklärungskampagne der IOM in Bosnien über Zwangsprostitution und die Rückführung von Zwangsprostituierten mit 280 000 Dollar unterstützen?
13. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um deutsche Hilfstruppen über Zwangsprostitution in Bosnien aufzuklären?
14. Abgeordneter
**Jörg
van Essen**
(F.D.P.)
- Unter welchen Voraussetzungen ist die Europäische Union nach Auffassung der Bundesregierung berechtigt, gemäß Artikel 7 des Vertrages über die Europäische Union „bestimmte Rechte“ gegenüber einem Mitgliedstaat auszusetzen, und auf welcher europarechtlichen Grundlage beruht nach Auffassung der Bundesregierung die Entscheidung des Europäischen Rates, die bilateralen Kontakte mit der Republik Österreich auszusetzen?
15. Abgeordneter
**Jörg
van Essen**
(F.D.P.)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus der im Programm der österreichischen Regierungskoalition vorgesehenen Ausarbeitung einer Grundrechtscharta, der Unterstützung der EU-Osterweiterung und der Förderung der EU-Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien?
16. Abgeordneter
**Dr. Helmut
Haussmann**
(F.D.P.)
- Befindet sich das von der österreichischen Regierungskoalition vorgelegte Regierungsprogramm nach Auffassung der Bundesregierung in Übereinstimmung mit den in Artikel 6 des Unionsvertrages festgelegten gemeinsamen Grundsätzen über Demokratie, Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit, und ist nach Auffassung der Bundesregierung durch die Regierungsbildung durch FPÖ und ÖVP in Österreich eine „schwerwiegende und anhaltende Verletzung“ der in Artikel 6 genannten Grundsätze durch einen Mitgliedstaat gegeben?

- | | |
|---|--|
| 17. Abgeordneter
Dr. Helmut Haussmann
(F.D.P.) | Ist es nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, den betroffenen Mitgliedstaat um Stellungnahme zu ersuchen, bevor eine Maßnahme nach Artikel 6 des Unionsvertrages gegen ihn verhängt wird, und aus welchen Gründen ist eine derartige Stellungnahme der österreichischen Regierung eventuell nicht eingeholt worden? |
| 18. Abgeordneter
Ulrich Irmer
(F.D.P.) | Ist die Regierungsbildung nach demokratischen Wahlen in einem EU-Mitgliedstaat nach Auffassung der Bundesregierung ein Vorgang, der der Mitbestimmung der anderen EU-Partner bedarf, oder handelt es sich hierbei um eine souveräne Entscheidung des Mitgliedstaates, die der strengen Subsidiarität unterworfen ist? |
| 19. Abgeordneter
Ulrich Irmer
(F.D.P.) | Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, dass die bis zur Regierungsübernahme durch die neue Koalition im Amt befindliche Vorgängerregierung in Österreich unter Bundeskanzler Viktor Klima die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ersucht hat, Maßnahmen gegen Österreich nach Artikel 7 des Unionsvertrages zu prüfen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|---|
| 20. Abgeordneter
Dirk Niebel
(F.D.P.) | Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es Pläne gibt, nach den Olympischen Spielen in Sydney die Olympiastützpunkte neu zu bewerten und gegebenenfalls zusammenzulegen und inwieweit sind Olympiastützpunkte in Baden-Württemberg, z. B. in Heidelberg und Mannheim, davon betroffen? |
| 21. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) | Hält es die Bundesregierung für politisch weitsichtig, dass sich der Bundesminister des Innern, Otto Schily, einer argumentativen Auseinandersetzung mit dem österreichischen Politiker Jörg Haider in der ARD-Fernsehdiskussion „Sabine Christiansen“ am 30. Januar 2000 durch kurzfristige Absage entzogen hat? |

- | | |
|---|---|
| 22. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) | Nach welchen Maßgaben nehmen Kabinettsmitglieder an Fernsehdiskussionen mit rechts- und links-populistischen Politikern teil? |
| 23. Abgeordneter
Olaf Scholz
(SPD) | Welche EU-Staatsbürger können nach dem neuen deutschen Staatsangehörigkeitsrecht unter der Hinnahme von Mehrstaatigkeit in der Bundesrepublik Deutschland eingebürgert werden, da deren Herkunftsländer bei einer Einbürgerung von Deutschen auch keine Aufgabe der deutschen Staatsbürgerschaft verlangen? |
| 24. Abgeordneter
Olaf Scholz
(SPD) | Gibt es eine Verwaltungsvorschrift, Richtlinie oder Ähnliches für die Einbürgerungsbehörden der Bundesrepublik Deutschland, um diese über diese Staaten zu informieren und hat die Bundesregierung die Botschaften und Konsulate dieser Staaten informiert? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|--|
| 25. Abgeordneter
Klaus Holetschek
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die von dem britischen Premierminister Tony Blair vor dem Wirtschaftsforum in Davos am 28. Januar 2000 erhobene Forderung, der Lissabonner Gipfel müsse eine grundlegende Reform der europäischen Sozialpolitik im Hinblick auf den Erhalt der Werte des Europäischen Sozialmodells einerseits und eine radikale Anpassung ihrer Anwendung an die moderne Welt andererseits beschließen? |
| 26. Abgeordneter
Klaus Holetschek
(CDU/CSU) | Wenn ja, in welche Richtung gehen die Vorstellungen der Bundesregierung? |
| 27. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass die in der Unternehmensteuerreform vorgesehene Steuerfreiheit von Gewinnen, die eine Kapitalgesellschaft bei der Veräußerung von Anteilen an einer |

anderen Kapitalgesellschaft erzielt, zu steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten in der Weise führt, dass vor der Veräußerung von Beteiligungen an Personengesellschaften, die von Kapitalgesellschaften gehalten werden, ein Formwechsel (der Personengesellschaft) in die Rechtsform der Kapitalgesellschaft erfolgt?

28. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass die begünstigten thesaurierten Gewinne (durch die Unternehmensteuerreform) aufgrund der Möglichkeit der freien Verwendung des Gewinns durch die Kapitalgesellschaften nicht für Investitionen in Deutschland zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet werden, sondern im Ausland – z. B. zur Beteiligung an ausländischen Unternehmen, zur Errichtung ausländischer Betriebsstätten oder zum Erwerb ausländischer festverzinslicher Wertpapiere – verwendet werden mit der Folge, dass dort die Arbeitsplätze entstehen?

29. Abgeordneter
**Dirk
Nebel**
(F.D.P.)

Um welche so genannten „geringeren“ Entlastungen im Bereich der Arbeitsmarktaufwendungen, die durch den Nichtverkauf der Eisenbahnerwohnungen entstanden sind – dies vor dem Hintergrund der Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, auf meine Frage 26 in der Fragestunde vom 26. Januar 2000 im Plenarprotokoll 14/83, S. 7706 D bzw. auf meine schriftlichen Fragen 26 und 27 in Drucksache 14/2661 –, handelt es sich konkret und welche signifikanten Beispiele kann die Bundesregierung nennen?

30. Abgeordneter
**Wolfgang
Zöller**
(CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung das allgemeine Dokument der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft vom 12. Januar 2000 zur Vorbereitung des Lissabonner Sondergipfels zu Beschäftigung, Wirtschaftsreformen, sozialem Zusammenhalt und insbesondere zum Wachstumsziel von 3 % zur Erreichung von Vollbeschäftigung?

31. Abgeordneter
**Wolfgang
Zöller**
(CDU/CSU)

Welche Erwartungen hat die Bundesregierung an den Sondergipfel?

32. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Trifft es zu, dass für Bundesbedienstete und Ruheständler die Mietpreise für bundeseigene Wohnungen im Vergleich zum allgemeinen Mietpreisniveau (z. B. in Sylt in 10 Jahren um über 108 %) überproportional erhöht wurden, und wenn ja, wie ist dies mit der Wohnungsfürsorgepflicht von Bundesbehörden zu vereinbaren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

33. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(F.D.P.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang das Medium internet (e-commerce) in Deutschland, europaweit und weltweit aktuell zum Einkaufen rund um die Uhr genutzt wird?
34. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der langfristigen Erfahrungen mit dem Strom-einspeisungsgesetz und unter Beachtung des energiepolitischen Zieles, Dauersubventionen zu vermeiden bzw. zurückzuführen, den Ausbau der regenerativen Energien, insbesondere der Windenergie?
35. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Ab welcher Schwelle ist eine wirtschaftliche Situation – jeweils gegliedert nach Energieform und -träger – erreicht, die jeweiligen regenerativen Anlagen auch ohne Übernahme der Mehrkosten weiter zu betreiben, und in welchem Jahr wird dieses voraussichtlich der Fall sein?
36. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Welche Zuwächse werden für den Bau von Windkraftanlagen in Norddeutschland erwartet?
37. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Welche Auswirkungen hat der Bau von Windkraftanlagen auf die Stellung norddeutscher Energieversorgungsunternehmen im europäischen sowie im innerdeutschen Wettbewerb?

38. Abgeordneter
Rainer Funke
(F.D.P.)
- Ist eine grundsätzliche Beibehaltung des Stromeinspeisungsgesetzes rechtlich möglich?
39. Abgeordneter
Rainer Funke
(F.D.P.)
- Wenn ja, welche Novellierungen sind nach Ansicht der Bundesregierung wünschenswert, insbesondere bezüglich der Mindestvergütungen, der Einführung fester Vergütungssätze, der Differenzierung nach Energieform und -art sowie der Kosten des Netzan schlusses und der Netzverstärkung?
40. Abgeordnete
Birgit Homburger
(F.D.P.)
- Wie ist der tatsächliche Wert der Einspeisung von Strom aus Anlagen erneuerbarer Energien zu beurteilen, auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen bzw. externen Kosten?
41. Abgeordnete
Birgit Homburger
(F.D.P.)
- Wie hoch ist der durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien verhinderte CO₂-Ausstoß und Ausstoß weiterer Schadstoffe und wie ist dieser bei Kohle (heimischer Braunkohle/Steinkohle), bei Kernenergie und Gas unter Berücksichtigung der jeweils effizientesten Kraftwerkstechnologie anzusetzen?
42. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Wie hoch ist der Umsatz der deutschen Energieversorgungsunternehmen im EU-weiten Markt bzw. ihr Umsatzanteil im Vergleich zu ihren europäischen Mitwettbewerbern zum jetzigen Zeitpunkt?
43. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Wie hat sich die Umsatz- und Ertragssituation nach der Energierechtsform und vor dem Hintergrund eines EU-weiten Strommarktes entwickelt?
44. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(F.D.P.)
- Wie hoch sind die Mehrbelastungen (1997 bis 1999) in Bezug auf die Stromeinstandspreise bei den Vorlieferanten der norddeutschen Energieversorgungsunternehmen (EVU), und wie ist die voraussichtliche Entwicklung des Finanzvolumens einzuschätzen für die Jahre 2000 bis 2005 bei gleichbleibender Gesetzesgrundlage?

45. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(F.D.P.)
- Welche Veränderungen des norddeutschen Wirtschaftsraumes sind aufgrund der Vergütungszahlungen nach dem Stromeinspeisungsgesetz hinsichtlich einzelner EVU und hinsichtlich der Stromverbraucher zu erwarten?
46. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Deutsche Telekom AG als Eigentümerin des Telefon-Ortsnetzes und des größten Teils des Fernseekabel-Netzes ohne weitere regulatorische Eingriffe oder politischen Druck noch auf lange Zeit ein faktisches Monopol für Telefonverbindungen im Ortsbereich behalten wird?
47. Abgeordneter
**Dr. Martin
Mayer**
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um den auch von der Monopolkommission und der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post gleichermaßen festgestellten mangelnden Wettbewerb im Ortsbereich des Telefonfestnetzes endlich in Gang zu bringen und damit auch die Internetnutzung deutlich günstiger zu gestalten?
48. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat die am 19. Januar 2000 beschlossene Neufassung der politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern auf diejenigen noch nicht entschiedenen Anträge auf Rüstungsexport, die vor der o. a. Verabschiedung durch das Bundeskabinett eingereicht wurden, und wird darüber auf Grundlage der restriktiveren neuen oder der alten Regelung entschieden?
49. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Wie viele Anträge auf Rüstungsexport aus dem Ausland liegen der Bundesregierung derzeit vor, und aus welchen Ländern stammen diese?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

50. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung die Forderung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) nach Schaffung eines eigenständigen Arbeitnehmerdatenschutzgesetzes noch in dieser Legislaturperiode, und wenn ja, welche Regelungsinhalte soll ein solches Gesetz haben?
51. Abgeordneter
Thomas Strobl
(Heilbronn)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, wie von einer Sprecherin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung angekündigt (Handelsblatt, Ausgabe vom 7. Januar 2000), eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in dieser Legislaturperiode herbeizuführen, und wenn ja, welche Änderungen beabsichtigt die Bundesregierung vorzunehmen?
52. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung allgemein die Vorschläge der EU-Kommission für Richtlinien zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder ethnischen Herkunft und insbesondere die vorgesehenen Vorschriften zur Beweislastumkehr zu Lasten des Arbeitgebers, zur Möglichkeit einer Verbandsklage und zum Tendenzschutz?
53. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Welchen Änderungsbedarf für das deutsche Recht und welche konkreten Auswirkungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sieht die Bundesregierung im Falle einer unveränderten Annahme der Richtlinienvorschläge?
54. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Regelungen in den Richtlinienvorschlägen zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und zur Anwendung des Gleichheitsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder ethnischen Herkunft hinsichtlich der beruflichen und allgemeinen Bildung in Bezug auf die EU-Kompetenz, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass Artikel 13 des EG-Vertrages (EGV) eine EU-Kompetenz nur „im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten“ vorsieht?

55. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt sich für die Bundesregierung der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie, wenn nach dem Rechtstext der Richtlinienvorschläge zwischen ehelichen und nichtehelichen bzw. gleichgeschlechtlichen Partnerschaften nicht differenziert und so eine unterschiedliche Behandlung durch den Arbeitgeber, z. B. bei betrieblichen Sozialleistungen, verboten wird?
56. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU)
- Welche beschäftigungs- und sozialpolitischen Auswirkungen erwartet die Bundesregierung bei unveränderter Annahme des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie zur Familienzusammenführung, insbesondere zugunsten von legal in der EU lebenden Drittstaatlern?
57. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU)
- Welche Änderungen zu dem Kommissionsvorschlag beabsichtigt die Bundesregierung in die Ratsverhandlungen einzubringen?
58. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des Europäischen Parlaments, den Leitlinienprozess der Europäischen Beschäftigungsstrategie auch auf den Sozialschutz anzuwenden?
59. Abgeordneter
Matthäus Strebl
(CDU/CSU)
- Mit welchen Gründen würde die Bundesregierung einem Berichtsverfahren zur Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der Ziele durch die Mitgliedstaaten – wie im sog. Essen-Verfahren vom Europäischen Rat von Essen für die Beschäftigungspolitik vorgesehen war – zustimmen, oder lehnt die Bundesregierung grundsätzlich jedes Verfahren zur Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der Ziele im Bereich Modernisierung und Verbesserung des Sozialschutzes ab?
60. Abgeordneter
Peter Weiß
(CDU/CSU)
- Ist die Antwort der Bundesregierung auf die Frage 3 der Kleinen Anfrage zur „Haltung der Bundesregierung zur Einführung der bedarfsabhängigen Grundsicherung als Altersgeld“ (Antwort: Drucksache 14/2448) und hierin speziell die Erklärung, dass „die in den Eckpunkten der Bundesregierung für eine Rentenstrukturreform vorgesehene Einführung einer sozialen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (...) einen ersten Schritt dar(stel-

le),“ sowie die Bemerkung, dass es sich bei Rentnern und dauerhaft Erwerbsunfähigen um einen „im ersten Schritt in die soziale Grundsicherung einzubeziehenden Personenkreis“ handle, so zu verstehen, dass weitere Schritte bezüglich einer sozialen Grundsicherung folgen werden?

61. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(CDU/CSU)

Welche weiteren Gruppen oder Personenkreise beabsichtigt die Bundesregierung in weiteren Stufen einer sozialen Grundsicherung einzubeziehen, und für wann ist die entsprechende Gesetzesinitiative geplant?

62. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Friedrich
(Hof)**
(CDU/CSU)

Welchen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung hinsichtlich der zur Revision anstehenden EU-Beschäftigungsstrategie (Luxemburg-Prozess)?

63. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Friedrich
(Hof)**
(CDU/CSU)

Wie ist insbesondere die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich eines verstärkten Ansatzes von quantifizierten und konkret verpflichtenden beschäftigungspolitischen Leitlinien?

